

Landeselternrat der Kindertagesstätten in NRW e.V.

Vorstand

Bockumer Straße 201
40489 Düsseldorf

An den
Landtag NRW
Frau Astrid Hopstein-Menn
Referat II.1.D.2
Platz des Landtages 1

40221 Düsseldorf

Faxnr.: 0211 884 3013



Stellungnahme des Landeselternrates der Kindertagesstätten NRW e.V. Anhörung am 19.10.1998

Herr Präsident ! Meine Damen und Herren !

Besser als die neue Familienministerin Birgit Fischer am Anfang ihrer Rede während der 1. Lesung zur Novellierung des GTK's vom 9. September 1998 im Landtag es formuliert hat, können wir Eltern es auch nicht, wenn es darum geht die gesellschaftliche Bedeutung der Kindertagesstätten in NRW herauszustellen.

(siehe Zitat : „Unsere Kinder - unsere Zukunft“; usw, nachzulesen auf der 1. Seite des Protokolls der Lesung im Landtag, ist angehängt)

Nach dem KJHG ist es Aufgabe der Jugendhilfe, die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen . Kindern und Jugendlichen des Hineinwachsens in die Gesellschaft zu erleichtern und ihnen zu helfen, ihr Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu realisieren.

Wie ernst, so fragen sich Elternvertreter, ist es den verantwortlichen Politikern mit ihrer Aussage im Hinblick auf Novellierung des GTK's, die Neuregelung der Betriebskostenverordnung mit eingeschlossen?

Die Ermahnung von Finanzminister Schleißer hinsichtlich der Finanzlage in unserem Land sind von uns Eltern gehört worden.

Das von Ministerin Fischer in schöne Worte verpackte bevorstehende Sparpaket ist gesichtet worden.

Festzuhalten ist, daß Eltern es **eben nicht nachvollziehen können**, warum der Sparkurs der Landesregierung ausgerechnet einen so sensiblen Bereich der Jugendhilfe so hart treffen soll.

Politik stellt sich in diesem Zusammenhang tatsächlich für Eltern als bloßes „Schachern“ dar.

Nach der Auffassung unseres Bundespräsidenten Roman Herzog ist der Grund darin zu suchen, „daß in der Knochenmühle täglicher Kompromißfindung Begründungen undeutlich, Zusammenhänge unscharf und Plausibilität gar nicht mehr erkennbar sind.“

Wir meinen : Bei der Frage, wie die Zukunft der Kindergartenlandschaft in NRW aussehen soll, handelt es sich um kein Kinder- oder Rechenspiel, sondern um eine höchst wichtige gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Kernpunkt dieser Diskussion ist die Bedeutung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft, die gerade in der Politik immer wieder betont wird.

Die Verknüpfung der gesellschaftlichen Ebenen bzw. Gruppen haben wir bildhaft in einem einfachen Schaubild aufgezeigt. (Anlage)

Gerade den Eltern ist es bewußt, daß nach der Station Kindergartenbesuch über die weiteren Stationen Schule, Ausbildung, Studium es letztlich darum geht, beruflich und als Mensch seinen Platz in der Gesellschaft zu finden.

Im Moment wachsen die Klagen über Probleme um und mit Kindern und Jugendlichen beim Durchgang durch diese Stationen.

Wichtig ist die Einsicht, daß alle Beteiligten sich ihrer Verantwortung bewußt werden:

- die Eltern
- die Erzieherinnen und Erzieher
- die Lehrerinnen und Lehrer
- Ausbilder, Politiker, Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände.

Unsere Kinder lassen sich nicht in vorgegebene Formen pressen, sie funktionieren nicht auf Knopfdruck.

Kinder und Jugendliche leben ihr Leben beeinflußt von dem, was sie hier und jetzt tatsächlich umgibt.
Gleichzeitig sind sie wichtige Indikatoren für den Zustand und die Entwicklung unserer Gesellschaft.

Der gesellschaftliche Druck auf Familien mit Kindern hat enorm zugenommen.
Hier sind zu nennen :

- Steigende Trennungsfälle, Arbeitslosigkeit, Fernseh- und Medienkonsum, Kinder und Jugendliche als Konsumenten und als Zielgruppe immer aggressiver werdender Werbung, Wegfall sozialer Kontrollen.

Dies alles stellt Familien vor enorme Veränderungsprozesse und führt oftmals zu „Rotationsbewegungen“

Täglich hören und lesen wir in den Medien von neuen Hiobsbotschaften über die steigende Anzahl von Kindern mit motorischen, physischen und psychischen bzw. sprachlichen Defiziten auch im Sozialverhalten.

Selbstverständlich setzen sich Elternvertreter oder Verbände auch selbstkritisch mit der Elternschaft auseinander und üben Kritik in den eigenen Reihen.

Viele Eltern setzen sich mit den Problemen, die sich im Zusammenleben mit Kindern ergeben verantwortungsvoll auseinander.

Sie brauchen genau so gut Unterstützung und Signale der Ermutigung, wie auch die Eltern Aufklärung und Schulung erfahren müssen, die ihren Erziehungsauftrag nur unzureichend oder gar nicht mehr erfüllen können .

So hat z.B. Ministerpräsident Clement das Thema Jugendarbeitslosigkeit zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema werden lassen um Werbung für mehr Lehrstellen für Jugendliche zu machen.

Er hat ein mutmachendes Signal gesetzt und sei es vielleicht nur aus der Einsicht heraus, daß es viel teurer ist, arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung durch staatlich geförderte Schulungsprogramme zu schleusen.

Wir Eltern meinen eben nicht, daß nach einem Gießkannen-Prinzip das Geld an die bedürftigen Gruppen in unserer Gesellschaft verteilt werden soll, sondern es geht um Innovation und Entwicklung.

Wo wollen wir als Gesellschaft hin ?

Wir widersprechen der Meinung von dem Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbänden Jochen Diekmann, der bei der letzten Anhörung zum Kommunalisierungsgesetz im Landtag am 8. Oktober 1997 sagte,

daß er persönlich es nicht einsehen würde, warum seine heute pflegebedürftigen Verwandten nicht genauso viel finanzielle Zuwendung bekommen sollte, wie der Kindergartenbereich.

Das beigefügte Kreismodell veranschaulicht die Verzahnung von Familien mit ihren Kindern und den sie umgebenden gesellschaftlichen Strukturen.

Zur Verdeutlichung sei auch darauf hingewiesen, daß die Kinder, die heute und später geboren werden in 20-40 Jahren Betreuungs- oder Pflegepersonal für Sie alle hier sein werden.

Als verantwortliche Eltern und Politiker müssen wir uns fragen, welche Motivation, Bildung und soziale Erfahrungen haben wir als Gesellschaft unseren Kindern bis dahin mitgeben, auch unter dem Aspekt, in welcher Weise es sinnvoll und richtig ist, sich für die jüngere oder auch ältere Generation einzusetzen.

Im sogenannten Alltagsgeschäft der hier beteiligten Gruppen wie Eltern, Erzieherinnen, Träger, Kommunen, Politiker, Kirchen und Jugendlichen geht das Einüben eines sinnvollen Miteinander und ein Austausch bzw. Vermittlung der oben angesprochenen Werte oft genug unter. Damit wird der Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung der von allen Gruppen gefordert wird, verzögert bzw.

durchaus auch negativ beeinflusst.

Die praktischen Konsequenzen der geplanten Einsparungen für den Bereich der Kindertagesstätten sind für uns jedoch relativ klar und eindeutig. (siehe Bericht aus einem KG als Anlage)

- die erforderliche, qualifizierte personelle Ausstattung ist nicht mehr gewährleistet
- die Öffnungszeiten verschlechtern sich und sind nicht mehr bedarfsgerecht
- die Elternbeiträge sollen steigen, bei qualitativer Verschlechterung der Betreuung
- gute Ansätze, wie die Erprobungsklausel bleiben durch die Beschränkung auf 20 % der Einrichtungen wirkungsloses Strohfeuer
- unrealistische Wochenarbeitszeitvorgaben lassen keinen Raum für Elternarbeit
- die Verbesserung der Elternmitwirkung ist durch die Verweigerungshaltung der konfessionellen Träger „auf der Strecke“ geblieben.

Als Landeselternrat haben wir einige gute Beispiele von den Kreis- und Stadtelternräten aus allen Regionen NRW's geschildert bekommen, die aufzeigen, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Elternvertretungen mit Kreisen, Städten und Gemeinden möglich und gewollt ist, die Elternmitwirkung hat in diesem Feld ,z.B. in den Jugendhilfeausschüssen, sehr positive Ergebnisse

Die Einsicht für eine umfassende, gute Arbeit in den Kindertagesstätten ist in diesen Fällen durchweg gegeben, die Umsetzung droht jedoch an den geplanten finanziellen Kürzungen durch die Novellierung des GTK torpediert und verhindert zu werden.

Die kirchlichen Träger nehmen hier leider ein unrühmliche Sonderstellung ein, da sie bislang jede überörtliche Zusammenarbeit der Elternräte etwa mit den Stadtelternräten total abblocken und einen „Hardliner-Kurs“, ohne Rücksicht auch bei schwierigen Zuständen in den Kindergärten weiterfahren.

Hier tritt leider eine Sozial- und Personalpolitik zu Tage, die mit dem christlichen Selbstverständnis der Kirchen nicht in Einklang zu bringen ist und die jeglicher demokratischer bzw. christlicher Grundlage entbehrt:
(Konkretes Beispiel einer kath. Einrichtung als Anlage)

- Elternmitarbeit wird konsequent abgelehnt.
- Erzieherinnen werden eingeschüchtert und unter Druck gesetzt.
- Elternräte kirchlicher Einrichtungen werden nicht informiert, ja sogar Informationen, die für die Eltern bestimmt sind, werden nicht weitergegeben.
- Elternräte werden zum Teil nicht einmal über die in GTK verbrieften Mitwirkungsrechte aufgeklärt.

Anstatt zu einer wirklichen konstruktiven Zusammenarbeit mit allen Betroffenen zu kommen, werden Land und Kommunen mit Schließungsdrohungen unter Druck gesetzt.

Eltern sind nicht gegen das Sparen !

Wir begrüßen den Vorstoß der Regierung bzgl. des Kommunalisierungsgesetzes, der dem Wunsch nach mehr Eigenverantwortung der Kommunen Ausdruck verleiht.

Eltern sagen aber : wer am falschen Ende spart, zahlt am Ende drauf.

Schon einmal im Sommer 1997 sollte der Elternbeitrag bei gleichzeitigen Leistungskürzungen angehoben werden.

Die darauf folgenden Proteste werden heute von der Politik teilweise so ausgelegt, als sei es ausschließlich um die Höhe der Beiträge gegangen.

Dies ist ein fataler Irrtum, oder aber nicht ernstzunehmende Taktik !

Den Eltern geht es um eine ernstgemeinte und sinnvolle Arbeit in den Kindertagesstätten, nicht um ein möglichst billiges Verwahren.

Der Gesetzesentwurf in der bis jetzt vorliegenden Fassung wird, trotz einiger guter Ansätze, im Ergebnis jedoch von uns klar abgelehnt.

Er entspricht nicht dem gemeinsamen Interesse der Elternschaft, der Kinder und der Gesellschaft insgesamt an einer sinnvollen Arbeit in den Kindertagesstätten.